



# Die Wirtschaft wieder Visionen für Österreich zum Laufen bringen –

Österreichs Bundesregierung sucht nach Wegen zu mehr Wachstum und mehr Jobs.

Wir von der Agenda Austria meinen: Die Politik sollte sich von der Idee verabschieden, Jobs zu schaffen. Stattdessen sollte sie sich darauf konzentrieren, ihren Job zu erledigen.

VON FRANZ SCHELLHORN

FOTOS: FRANZ SCHELLHORN – AGENDA AUSTRIA, SHUTTERSTOCK

Im Juni 2005 war in einem deutschen Nachrichtenmagazin Folgendes zu lesen: „Gute Stimmung, mehr Wachstum, neue Jobs: Während in Deutschland der Frust grassiert, Geiz zur Nationaltugend wird und die Arbeitslosigkeit steigt, geht es in der Alpenrepublik voran“. Zehn Jahre später sieht die Lage spiegelverkehrt aus: Deutschland freut sich über die niedrigste Arbeitslosenrate seit 24 Jahren, Österreich steuert auf einen neuen Rekord mit einer halben Million arbeitssuchenden Menschen zu. Begleitet wird die Rekordarbeitslosigkeit von Rekordschulden, kaum noch ausmachendem Wachstum der Wirtschaft und einer generell trüben Stimmung.

Nun hat die Bundesregierung Ende Oktober ihre Vorstellungen zu mehr Wachstum präsentiert. Sie enthalten eine geringe, bei weitem nicht ausreichende Senkung der Lohnnebenkosten oder Garantien des Bundes für Wohnbauprojekte. Unterm Strich läuft es auf ein wenig Nachjustieren hier oder ein wenig mehr Geld da hinaus. Aber das hat bisher schon nicht gereicht, um Österreichs Wirtschaft wieder zum Laufen zu bringen. Was also wäre zu tun?

Die Agenda Austria hat ein „Konjunkturprogramm der anderen Art“ zusammengestellt, die Bundesregierung ist herzlich eingeladen, sich aus diesen Vorschlägen zu bedienen:



**1. Anpacken ist ansteckend.** Geld ist derzeit günstig wie noch nie, dennoch halten sich die Firmen mit Investitionen zurück. Den Steuerzahlern bringt das neue Jahr eine spürbare Entlastung, dennoch ist die Stimmung im Keller. Österreichs größte Wachstumsbremse ist die fehlende Zuversicht. Den Menschen fehlt ein klares Signal, dass sich dieses Land nach vorne bewegt. Die Gewissheit, dass Probleme nicht verdrängt, sondern erkannt und gelöst werden. Andere Länder haben gezeigt, wie es geht: Schulden bremsen wie die Deutschen. Pensionen sichern wie die Schweden. Schulen reformieren wie die Holländer. Oder Föderalismus leben wie die Schweizer. Es ist mittlerweile egal, welche Reform die Regierung anpackt, Hauptsache irgendeine.

**2. Freiraum schafft Bewegung.** Staatliche Eingriffe folgen in den meisten Fällen einem guten Willen. Das Ausmaß der Eingriffe ist entscheidend, eine gute Balance schützt Arbeitgeber wie Arbeitnehmer und sichert ein gutes Wirtschafts- und Investitionsklima. Der Staat Österreich hat

es allerdings mit seinen Regulierungen zu gut gemeint, viele der Eingriffe lähmen die Initiative und bremsen das Wachstum. Konkurrenten entscheiden darüber, wer den Markt betreten darf. Im Dienstleistungssektor gelten strengere Arbeitszeitregeln als in der Produktion. Geschäfte müssen geschlossen halten, wenn die meisten Kunden frei haben. Deshalb:

- Die Gründung von Unternehmen radikal beschleunigen (auf unter fünf Tage).
- Die Gewerbeordnung durchforsten (von 80 auf 40 konzessionierte Gewerbe).
- Das Arbeitsrecht im Dienstleistungssektor lockern und der Produktion angleichen.
- Die Ladenöffnung komplett freigeben.



**3. Höhere Löhne zahlen sich selbst.** Österreichs Steuersystem ist wachstumshemmend. Zahlt der Arbeitgeber einem Mitarbeiter, der ein Durchschnittsgehalt bezieht, um 100 Euro netto mehr, erhält der Staat 140 Euro. Die Arbeitskosten steigen also um 240 Euro. Letztere sind international enorm hoch, die Nettolöhne ver-

gleichsweise niedrig. Der Begriff „Lohnnebenkosten“ ist irreführend, die Steuern und Abgaben sind längst die Hauptkosten. Deshalb:

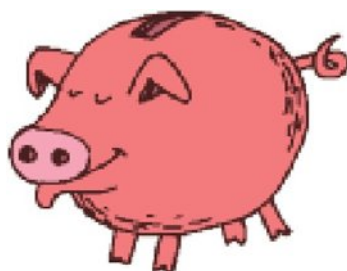
- Die „Kalte Progression“ abschaffen. Das stärkt die Kaufkraft. „Kalte Progression“ bedeutet Folgendes: Die Löhne steigen, u.a. wegen der Anpassung an die Inflation, die für die Lohnsteuer maßgeblichen Einkommensgrenzen bleiben aber gleich. Damit rücken von Jahr zu Jahr immer mehr Arbeitnehmer in höhere Steuerklassen vor bzw. wird auch innerhalb der Steuertarif-Stufe mehr Steuer fällig. Ein Teil der Lohn-erhöhung geht daher ans Finanzamt.
- Sozialversicherungsbeiträge senken.
- Die Familienförderung komplett aus dem Budget finanzieren, die Überschüsse aus dem FLAF (Familienlastenausgleichsfonds), der über die Kosten auf Arbeit finanziert wird, zu deren Senkung heranziehen.



**4. Das Kapital umarmen, nicht verjagen.** Ohne Investitionen keine neuen Jobs. Ohne Kapital kein technischer Fortschritt und damit keine höhere Produktivität. Deshalb sollten die Vertreter des Staates ihre Strategie ändern und privates Kapital als Partner gewinnen, statt es systematisch zu bekämpfen. Das umso mehr, als die privaten Investitionen in Österreich eine deutlich wichtigere Rolle spielen als die öffentlichen. Letztere stellen nur ein Sechstel der Investitionen, womit der Staat nicht die rückläufigen Aktivitäten des privaten Sektors ausgleichen kann und auch nicht soll. Deshalb:

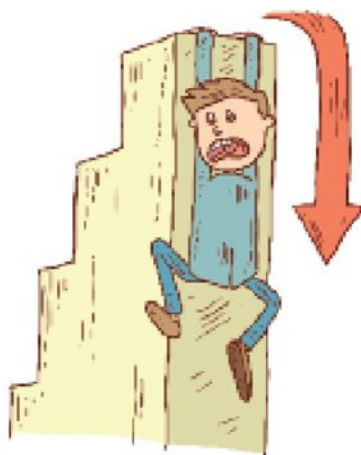
- Mit Reformen das Vertrauen von Investoren zurückgewinnen.
- Vom ehemaligen SP-Finanzminister Hannes Androsch lernen und die vorzeitige steuerliche Abschreibung von bestimmten Ausgaben wiederbeleben. Das kostet den Staat nichts, verschiebt nur die Steuerleistung zeitlich.
- Schuldenfinanzierte Ausgabenprogramme des Staates sollten sich auf den Bildungsbereich konzentrieren: Moderne

Schulen mit Ganztagesarbeitsplätzen für Lehrer und Schüler.



### 5. Risikokultur statt Sparbuchfetisch.

In den letzten 15 Jahren entstand in Westeuropa ein wesentlicher Teil der Arbeitsplätze und des Wachstums über Start-ups und Hi-Tech-Firmen. Die Gründung, Ausweitung oder Umstrukturierung eines Unternehmens erfordert aber Kapital, das vor allem kleine, junge und innovative Firmen nicht über traditionelle Finanzierungsquellen finden können.



Stark regulierte Banken, die daher strengen Richtlinien folgen müssen, bieten gerade für Risikounternehmen weniger Finanzierungsmöglichkeiten, da letztere oft in der Wachstumsphase niedrige Umsätze und geringe Vermögenswerte aufweisen. Privates Risikokapital kann helfen, diese „Finanzierungslücke“ zu schließen. Deshalb:

- Abschaffung der Investitionsobergrenze für Fonds in Risikounternehmen.
- Den Einstieg von Kapitalgebern steuerlich begünstigen – dafür staatliche Garantien und Direktförderungen streichen.
- Steuerabsetzbetrag für Business Angels nach deutschem Beispiel.
- Die Idee der „Entrepreneurship“ an den Hochschulen stärken.

Diese Vorschläge erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Entscheidend ist, dass sich die Politik von der Idee verabschiedet, Jobs zu schaffen. Und sich

stattdessen darauf konzentriert, den eigenen Job zu erledigen. Allen voran mit einem klaren Reformsignal, das der Bevölkerung Zuversicht gibt. Der Rest geht dann ganz von allein.

Die Agenda Austria ist der erste von Staat, Parteien, Kammern und Interessenverbänden unabhängige Thinktank Österreichs. Gegründet mit dem Ziel, dieses Land in gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Belangen zu öffnen und neue Antworten auf die großen Herausforderungen zu liefern.